medianet: In dieser Diskussion werden immer nur die drei großen Boulevardmedien genannt. Bildet das die Situation aber wirklich ab?

Pirker: Wir publizieren gerade ein Buch, in dem Sie Zahlen darüber finden, wie sich die Politik mit Steuergeld die Medien kauft. Sie brauchen dort dann nur nachschauen, das sind nicht nur die drei, da sind auch einige weitere Medienunternehmen mit Millionenbeträgen dabei.

medianet: Das Thema Regierungsinserate beschäftigt uns bereits seit Jahren, auch schon unter sozialdemokratisch geführten Regierungen. Als Folge etwa einer Causa rund um den damaligen Bundeskanzler Faymann und die berühmten sieben Millionen Euro Werbebudget der ÖBB gibt es heute eine Medien-Transparenzdatenbank. Der Makel: Nach diversen Schätzungen wird rund ein Drittel der Ausgaben des Bundes hier nicht erfasst, weil die festgesetzten Kriterien nicht greifen. Ich nehme an, Sie sind für eine Regelung, die alle Ausgaben erfasst? Pirker: Ja, und ich finde ja auch, dass diese Ex-post-Auswertung sowieso nicht userfreundlich gestaltet ist. Man braucht ein eigenes Studium, um da überhaupt durchzukommen.

Und abgesehen von jenem Drittel, das quasi unter dem Radar bleibt: Es braucht vor allem eine wirksame Regelung, und das ist sie nur dann, wenn sie Rechtsansprüche auslöst und dafür braucht es eben ein Gesetz, das auch überprüfbar ist. Erst dann würde der Missbrauch der Gelder enden.

medianet: Unwirksam ist die Transparenzdatenbank nicht, denn seit ihrem Bestehen gibt Wide Hoofing William Control of the Control of the

es auch öffentliche Diskussionen über die Höhe der Ausgaben von Bund und Ländern. Das Problem ist doch eher, dass es Politiker gibt, denen diese Diskussion egal ist ...

Pirker: Das wird es immer geben. Aber wie man aktuell sieht, bewährt es sich ohnedies nicht. Weil, wie man sieht, stolpern jene, die sich unseriös verhalten, früher oder später über ihre eigenen Mängel.

medianet: Kommen wir zu Ihrem eigenen Medienhaus. Sie haben kürzlich erzählt, dass etwa News in den schwarzen Zahlen angekommen ist.

Pirker: Dass News ein mehr als ausgeglichenes Ergebnis schafft, ist für mich selber eine Überraschung. Wichtiger ist aber das Ergebnis der Gruppe und dieses ist sehr erfreulich und wird auch dieses Jahr wieder sehr erfreulich werden. Und deshalb

sind wir auch in der Lage, uns zu Wort zu melden, ohne um unsere Existenz fürchten zu müssen.

medianet: Da sind Sie aber einer der wenigen? Ist das nicht bedenklich?

Pirker: Es gibt schon welche, die sich artikulieren. Zum Beispiel die Standard-Redaktion, die das schon sehr kritisch begleitet, oder der Falter und seine Redaktion. Auch wenn man sich die Ö1-Sendung ,Doublecheck' ansieht, gilt das Gleiche. Besonderen Respekt habe ich vor dem Mut der 'ZiB2'-Redaktion. Das sind nur die, die mir spontan einfallen. Eugen Russ hat sich letztens sehr deutlich artikuliert, als er gesagt hat, die österreichische Politik erhält ein Freilichtmuseum für Gratiszeitungen und das wurde dann auch vom profil publiziert. Das heißt, es gibt schon einige Leute, auch das Medienhaus Wien, Andi Kaltenbrunner, die kritisch bleiben. Ich bin nicht allein und werde jetzt sowieso belohnt durch die jüngste politische Entwicklung.

medianet.at

medianet: In diesem Zusammenhang sprechen die Kritiker gerne nur vom Boulevard, aber gibt es diese Problem auch in den Qualitätsmedien? Erst jüngst publizierte Chatverläufe in Zusammenhang mit der Presse lassen diese Vermutungen zu. Presse-Chefredakteur Rainer Nowak hat allerdings mehrfach öffentlich versichert, dass nichts im Zusammenhang mit diesen manipulierten Umfragen in seinem Medium publiziert wurde. Haben wir hier ein strukturelles Problem?

Pirker: Ich kann es nicht seriös beantworten. Wenn es stimmt, was Rainer Nowak zum Beispiel kürzlich gesagt hat, nämlich dass er Interventionen entgegennimmt und diese sozusagen bei sich wie in einer Sackgasse enden lässt, ohne sie in die Redaktion zu tragen, dann wäre das durchaus in Ordnung. Ob das so ist, kann ich eben nicht beurteilen. In den Chats klingt es leider doch anders.

"

Es braucht einen Split in Medienförderung einerseits und in öffentliche Kommunikation andererseit.

Horst Pirker über mögliche Lösungsansätze



